

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026

Sitzungsbeginn: 16:01 Uhr
Sitzungsende: 19:42 Uhr
Sitzungsort: Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 Dessau-Roßlau

Leitung der Sitzung: Herr Rumpf Vorsitzender des Stadtrates
Frau Koschig 1. Stellvertreterin
Herr Bernstein 2. Stellvertreter

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet um 16:01 Uhr die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 43 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck nimmt als Einreicher die Tagesordnungspunkte 6.4, 7.1, 8.1 sowie 8.2 von der Tagesordnung.

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis90/ Die GRÜNEN, betritt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 44 stimmberechtigte Mitglieder.

Danach wird die Tagesordnung in der geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

3 **Genehmigung der Niederschrift vom 29.10.2025 und 10.12.2025**

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, führt zur Niederschrift des 29.10.2025 aus, dass eine Abstimmung und erneute Prüfung der Tonaufnahme mit Herrn Stadtrat H. Weber erfolgte. Nach einer Verständigung untereinander gab es die Übereinkunft, dass die bestehende Niederschrift unverändert bleibt. Daraufhin stellt er die beiden Niederschriften in der vorliegenden Form zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Niederschrift vom 29.10.2025: 43:00:01

Niederschrift vom 10.12.2025: 43:00:01

Nach der Abstimmung erscheinen Herr Dr. Hofmann, Fraktion CDU, sowie Herr Hartmann, Fraktion SPD, zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 46 stimmberechtigte Mitglieder.

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende Angelegenheiten im Berichtszeitraum vom 11. Dezember 2025 bis zum 25. Februar 2026:

- Seit der letzten Meldung zum Stadtrat am 10.12.2025 wurden 38 Personen eingebürgert. Die Eingebürgerten stammen aus den Ländern Syrien, Ukraine, Vietnam, Guinea, Usbekistan, Costa Rica, Iran, Litauen, Russland, Bulgarien und Trinidad.
- Am 16. Dezember 2025 wurde der Gesellschaftervertrag der BUGA Dessau-Roßlau 2035 gGmbH unterzeichnet und notariell beurkundet. Am Termin nahmen der Geschäftsführer der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft (DBG), Dr. Achim Schloemer, der Gründungsgeschäftsführer der BUGA Dessau-Roßlau 2035 gGmbH, Jochen Sandner, sowie Herr Oberbürgermeister Dr. Reck teil.
- Weiterhin weist er darauf hin, dass das Kurt-Weill-Fest am Wochenende mit dem alljährlichen Festivalprogramm beginnt.
- Am heutigen Tag fand ein Workshop/ eine Informationsveranstaltung als Auftaktveranstaltung zur Entwicklung des Quartiers Biethe statt. Herr Ortsbürgermeister L. Nothdurft nahm auch an der Veranstaltung teil. In diesem Kontext informiert er darüber, dass die Stadt einen Zuwendungsbescheid für das Quartiersmanagement Roßlau erhalten hat. Damit kann die Arbeit des Quartiersmanagements hoffentlich bald aufgenommen werden.
- Ferner berichtet Herr Oberbürgermeister Dr. Reck über den aktuellen Sachstand des Rechtsstreites zwischen Herrn Stadtrat J. U. Weber und dem Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau. Herr Jakob Uwe Weber beehrte mit seiner Klage die Aufhebung des Bescheides der Stadt Dessau-Roßlau vom 19.12.2024 mit dem Ziel, das Wahlergebnis der Ergänzungswahl der Ortschaftsräte der Ortschaft Mosigkau dahingehend zu berichtigen, dass beide der zu vergebenden Sitze auf die Wählergemeinschaft Mosigkauer Bürgerschaft entfallen. Dem vorausgegangen ist der Beschluss des Stadtrates vom 11.12.2024, mit welchem der Wahleinspruch von Herrn Weber zurückgewiesen wurde und die Wahl für gültig erklärt wurde. Das Verwaltungsgericht Halle hat im Ergebnis der mündlichen Verhandlung vom

19.01.2026 die Klage abgewiesen. Das Verwaltungsgericht Halle ist der Auffassung, dass die Sitzverteilung nach Durchführung der Ergänzungswahl in der Ortschaft Mosigkau vom 10.11.2024 rechtmäßig erfolgte. So war es richtig, sowohl der Wählergemeinschaft Mosigkauer Bürgerschaft, als auch der Wählergruppe Gemeinsam für Mosigkau einen Sitz zu erteilen. Im Termin der mündlichen Verhandlung regte das Gericht an, in diesem Verfahren ggf. die Zulassung der Berufung bereits im Urteil festzustellen. Das vollständige Urteil liegt bisher noch nicht vor. Herr Weber hat dann die Möglichkeit, Rechtsmittel dagegen einzulegen.

- Abschließend informiert er zum Haushalt, dass der heutige Beschlusspunkt von der Tagesordnung genommen wurde. Die weitere Verfahrensweise wurde zwischen den Fraktionsvorsitzenden, dem Stadtratsvorsitzenden und ihm abgestimmt: Am 5. März und 11. März finden interfraktionelle Runden zur Besprechung der Thematik statt. Im Ergebnis dieser Beratungen sowie nach den sich anschließenden Ausschussberatungen wird dem Stadtrat voraussichtlich am 8. April ein Beschluss zur Entscheidung vorgelegt. Infolgedessen wurde auch die Haushaltssperre von der heutigen Tagesordnung genommen und die Arbeit erfolgt weiterhin in der satzungslosen Zeit. Diese bedeutet jedoch nicht, dass pflichtige Aufgaben oder vertraglich vereinbarte Aufgaben nicht weiterlaufen. Auch besonders eilbedürftige Themen, die zeitlich und sachlich unabweisbar sind – wie die heutige Beschlussfassung auf der Tagesordnung – sind möglich. Einige Angelegenheiten müssen allerdings warten, bis die Haushaltssatzung in Kraft tritt.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtrates vom 10.12.2025 bekannt:

- Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2023
- Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2024
- Maßnahmebeschluss zur Ersatzbeschaffung von OP-Tischen
- Maßnahmebeschluss zur Ersatzbeschaffung von Intensiv- und Normalpflegebetten
- Nachtrag zum Betriebsleitervertrag des Eigenbetriebes Stadtpflege
- Beschluss zur Kapitalerhöhung in der IHR GmbH und gleichzeitige Ablösung kommunaler Darlehen
- Beschluss zum Verkauf der Anteile der Fernwärme Roßlau GmbH an die Fernwärmeversorgungs-GmbH Dessau (FWV)
- Erwerb einer Beteiligung in Höhe von 50% des Stammkapitals an der

„Anhalt EcoStore GmbH“ (AES) zur Errichtung und zum Betrieb eines Batteriespeichers in Dessau-Roßlau, Ortsteil Roßlau.

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen vorliegen.

5 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger, welcher sich für die Einwohnerfragestunde angemeldet hatte, erscheint nicht zur Sitzung.

Herr Grimm, Mitglied des Beirates für Menschen mit Behinderung sowie Mitglied des Sehbehindertenausschusses, berichtet, dass verschiedene Platten des Blindenleitsystems an verschiedenen Haltestellen des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs ausgetauscht wurden. Den Mitgliedern des Sehbehindertenverbandes nach wurden die Arbeiten nicht richtig ausgeführt, da Produkte verschiedener Hersteller sowie DIN-Nummern verwendet wurden. Diese Problematik ist an der Museumskreuzung Richtung Süd gut erkennbar. Herr Grimm hat seit 2022 die Verwaltung persönlich sowie telefonisch darauf hingewiesen, dass dies nicht korrekt ist. Aus diesem Kontext heraus stellt er folgende Fragen:

1. Von wem wurde die Ausführung des Blindenleitsystems in dieser Form so angeordnet? Welche DIN wurde dabei angewandt?
2. Sollte die bauausführende Firma von sich aus so gehandelt haben (Verwendung unterschiedlicher Platten): Warum wurde bei der Abnahme durch die zuständigen Stellen kein Widerspruch gegen diese Fehler erhoben und keine Nachbesserung verlangt?
3. Bis wann soll der Missstand behoben werden?

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, möchte erfahren, ob die Anfrage auf die Museumskreuzung bezogen ist oder generell gilt.

Herr Grimm erläutert, dass die Museumskreuzung ein markantes Beispiel für die Problematik ist, aber die Anfragen auf alle Haltestelle bezogen sind.

Frau Beigeordnete Lohde versteht das Anliegen von Herrn Grimm, da die Betroffenen solche Hilfe benötigen. Die Herstellung von Barrierefreiheit ist ein ständiger Prozess. Es gibt mehrere hundert Haltestellen in der Stadt, die nur sukzessive bearbeitet werden können – stets nach den jeweils geltenden Richtlinien. Daraus ergeben sich auch Themen wie veraltete Rillen und Ähnliches.

Sie bietet an, dass man sich konkret die Museumskreuzung anschaut. Es gibt zwei verschiedene Zuständigkeiten: Die Haltestellen liegen meist in der Zuständigkeit der DVV, aber auch das Tiefbauamt ist daran interessiert voranzukommen. Man wird dies konkret prüfen. Frau Beigeordnete Lohde kann jedoch nicht zusagen, dass jedes Detail sofort behoben wird – es wird immer ein Prozess bleiben.

Herr Grimm ist mit der Antwort nicht zufrieden, da diese Problematik der Stadtverwaltung schon seit 2022 bekannt ist. Selbst bei einem persönlichen Gespräch im Bauhausmuseum gab es keine Antwort von der Frau Bürgermeisterin Lohde.

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Focke, Fraktion CDU, sowie Herr Dreibrod, Fraktion Freies-Bürger-Forum, zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 48 stimmberechtigte Mitglieder.

Frau Bürgermeisterin Lohde berichtet, dass man bei Hunderten von Haltestellen kann man nicht alle seit 2022 nach neuen DIN-Normen herstellen kann das ist nachvollziehbar. Wenn es konkret um die Museumskreuzung geht, wird die Stadtverwaltung dorthin schauen. Das betreffende Fachamt ist dahingehend sensibilisiert wurden. Sie sagt zu, dass die Museumskreuzung geprüft wird. Ansonsten werden Stück für Stück die einzelnen Haltestellen geprüft. Jedes Jahr werden finanzielle Mittel in die Haltestellen investiert, um diese barrierefrei neu auszubauen.

Herr Grimm macht noch einmal deutlich, dass alte Platte liegen geblieben sind. Bei der Verlegung der neuen Platten wurde unterschiedliche Rillenabstände verlegt. Er bittet um einen einheitlichen Abstand.

Frau Bürgermeisterin Lohde stellt klar, dass dies nicht einheitlich gemacht werden kann. Angesichts der Situation und der finanziellen Mittel muss man an den Stellen sparsam umgehen. Vorrang haben die Gebiete, wo gar keine Barrierefreiheit hergestellt ist. Wo sie teilweise gegeben ist – wenn auch eingeschränkt und vielleicht schon 20 Jahre alt – muss man eine Weile damit leben.

Herr Berghäuser thematisiert die Fraktionsseiten im Amtsblatt. Er möchte erfahren, wieso die fraktionslosen Mitglieder des Stadtrates keine Möglichkeit bekommen, sich im Amtsblatt schriftlich zu äußern. Er ist darauf gekommen, da im Amtsblatt viel veröffentlicht wird, aber das Wenigste stammt aus dem Stadtrat. Seiner Meinung nach nutzen einige Fraktionen das Amtsblatt, um sich mit anderen zu reiben. Fraktionslose Mitglieder des Stadtrates besitzen nicht die Möglichkeit, auf solche Dinge zu reagieren. Entweder wurde dies damals, als die Fraktionsseiten im Amtsblatt geschaffen wurde, vergessen, weil es nur Fraktionen gab, oder man hat diesen Stadträten ohne Fraktionsstatus die Möglichkeit nicht gegeben. Im aktuellen Amtsblatt vom Februar 2026 auf Seite 33 ab Zeile 11 steht: „Aber darum geht es bei diesem links-grünen Projekt, das in der Person des Stadtrates Paul Nolte 'bildet

Banden, macht sie platt', vorangetrieben wird, gar nicht, es geht um Staatsknete, um es im linken Jargon zu sagen."

Dieser Stadtrat hat nicht die Möglichkeit, darauf zu antworten und dem Autor zu sagen, dass der Begriff "bildet Banden" geschützt ist – genauso wie "die Soldaten sind Mörder". Er beendet seinen Beitrag mit einem Satz von Klaus von Dohnanyi: „Die Jugend hat das Recht und die Pflicht zu rebellieren.“

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bedankt sich für den Hinweis und sichert eine schriftliche Beantwortung zu. Er kann das Ansinnen inhaltlich nachvollziehen, weiß jedoch nicht, ob es im Stadtrat eine Verständigung über die Amtsblattseiten und eine Festlegung zu Fraktionslosen gegeben hat. In der Vergangenheit war die Anzahl fraktionsloser Stadträte deutlich geringer. In der neuen Amtsperiode stellt dies einen anderen Sachverhalt dar.

Er schlägt vor, dies zu prüfen. Insgesamt ist dies jedoch ein Sachverhalt, der für die gesamte Vertretung relevant ist. Dem Grundsatz nach habe jeder Stadtrat den Anspruch, sich äußern zu können. Daher werde der Sachverhalt geprüft und eventuell im Haupt- und Personalausschuss wieder aufgegriffen.

Herr Lummitzsch möchte wissen, warum die Verwaltung die Bearbeitung seiner Fragen zur Bearbeitung von Wildschäden aus den Jahren 2022, 2023 und 2024 und den dazugehörigen Widersprüchen hinauszögert. Er erwartet eine Antwort bis zum 13.03.2026. Ergänzend merkt er an, dass Schweigen keine Probleme löst und keine Antwort ist. Er ist immer wieder getröstet worden und nicht das erste Mal hier, um dies anzusprechen. Nach 14 Tagen, notfalls auch drei Wochen, sollte es doch möglich sein, eine verwertbare Antwort zu verfassen, die das Problem insgesamt erklärt.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

6 Beschlussfassungen

6.1 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes sowie eines Stellvertreters für den Jugendhilfeausschuss Vorlage: BV/230/2025/I-07

Nach einer kurzen Aussprache bittet **Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, die Stimmzählkommission die Stimmzettel auszuteilen und nach der Wahl wieder einzusammeln. Die Stimmzählkommission besteht aus Frau Koschig, Fraktion Freies-Bürger-Forum, Herr Kellner, Fraktion CDU, sowie Herr Dr. Hofmann, Fraktion CDU.

Nach der Auszählung wird folgendes Ergebnis bekanntgegeben:

- 23 Ja-Stimmen
- 24 Nein-Stimmen
- 1 ungültige Stimme.

Somit hat **Frau Nancy Mergenthaler** die erforderliche Mehrheit nicht erreicht. Entsprechend dieses Ergebnisses wird die Wahl zum Stellvertreter nicht durchgeführt.

6.2 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss **Vorlage: BV/291/2025/I-07**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck beantragt die Durchführung einer geheimen Wahl.

Daraufhin bittet der Stadtratsvorsitzende die Stimmzählkommission (Frau Koschig, Herr Dr. Hoffmann, Herr Kellner sowie Herr Dr. J. Nothdurft) um Vorbereitung der Wahlurne und organisiert die Ausgabe und Kontrolle der Stimmzettel. Die ordnungsgemäße Leere und Versiegelung der Wahlurne wird durch die Wahlkommission geprüft. Danach ruft Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf die Fraktionen der Reihe nach zur Stimmabgabe auf.

Nach einer kurzen Unterbrechung gibt der Stadtratsvorsitzende folgendes Ergebnis bekannt:

- 24 Ja-Stimmen
- 24 Nein-Stimmen.

Damit hat Herr Burkhardt Ratzmann die erforderliche Mehrheit nicht erreicht. Entsprechend dieses Ergebnisses wird die Wahl zum Stellvertreter nicht durchgeführt.

6.3 Entsendung und Bestellung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der BUGA Dessau-Roßlau 2035 gGmbH **Vorlage: BV/003/2026/I-07**

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, bringt einen Änderungsantrag ein, welcher der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist.

Nach einer ausführlichen Aussprache wird der Änderungsantrag zur Abstimmung gestellt. Der Antrag wird abgelehnt (22:24:02).

Danach wird die Beschlussvorlage in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau entsendet und bestellt neben dem Oberbürgermeister folgende sieben Mitglieder in den Aufsichtsrat der BUGA Dessau-Roßlau 2035 gGmbH:

- Herrn Uwe Groneberg (Fraktion CDU)
- Herrn Frank Rumpf (Fraktion CDU)
- Herrn Andreas Mrosek (Fraktion AfD)
- Herrn Olaf Paul (Fraktion AfD)
- Frau Marianne Richter (Fraktion Freies-Bürger-Forum)
- Herrn Robert Hartmann (Fraktion SPD)
- Herrn Thomas Picek (Fraktion Pro Dessau-Roßlau)

Abstimmungsergebnis: 34:04:10

6.4 Beitrittsbeschluss der Stadt Dessau-Roßlau zur Haushaltsverfügung des Landesverwaltungsamtes zur Haushaltssatzung 2026 Vorlage: BV/024/2026/II-20

Die Beschlussvorlage wurde von der Tagesordnung genommen.

6.5 Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa) Vorlage: BV/166/2025/IV-DKT

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, führt in die Thematik ein.

Während des Tagesordnungspunktes verlässt Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 47 stimmberechtigte Mitglieder.

Nach einem ausführlichen Meinungsaustausch stellt Herr Eichelberg, Fraktion SPD, einen Antrag gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse auf Unterbrechung der Sitzung um 5 Minuten.

Herr Kellner, Fraktion CDU, merkt an, dass er seit Dezember 2024 Zahlen einfordert, was es kosten würde, den Personalschlüssel zu verbessern. Dies gehöre für ihn auch zu einem Wirtschaftsplan. Er habe mehrfach mit den Verantwortlichen in den Ausschüssen darüber gesprochen. Bis heute liegen ihm diese Zahlen nicht vor. Er fordert nochmals auf, die Zahlen zu nennen. Es gibt stellenweise Personalüberhang, aber man solle für die Kleinsten nicht nur Lippenbekenntnisse abgeben, sondern eine noch bessere Versorgung ermöglichen.

Die zweite Frage von Herrn Stadtrat Kellner betrifft das Spielmobil. Er möchte wissen, ob es eine Möglichkeit gibt, das Spielmobil aus diesem Wirtschaftsplan mit einem Sonderantrag herauszulösen.

Frau Beigeordnete Hachmann sichert eine schriftliche Beantwortung zu. Weiterhin berichtet sie, dass diese geforderten Zahlen keinen direkten Einfluss auf den vorliegenden Wirtschaftsplan haben.

Zum Anliegen des Herauslösens des Spielmobils berichtet **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**, dass der Stadtratsbeschluss die Mittel für das Spielmobil der DeKiTa zuweist. Folgerichtig hat die DeKiTa das Spielmobil im Wirtschaftsplan abgebildet. Aufgrund der Vertagung des Beitrittsbeschlusses auf April können freiwillige Leistungen wie das Spielmobil derzeit gar nicht vollzogen werden.

Nach einer weiteren ausführlichen Aussprache bringt **Frau Saupe, Leiterin des Eigenbetriebes DeKiTa**, einen Änderungsantrag als Einreicher ein. Sie schlägt vor einen Sperrvermerk, der da heißt, dass bis zur politischen Entscheidung über das Spielmobil, über die künftige Trägerschaft dort eine Sperrung vorliegt. Somit sind zwar die Mittel im ersten Moment gebunden, aber man kann erst mit der Freigabe über die Mittel verfügen.

Nach einer kurzen Übereinkunft wird die Beschlussvorlage in der geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes DeKiTa für das Wirtschaftsjahr 2026 wird gemäß Anlage 2 und 3 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:12:02

Nach der Abstimmung wird eine 16-minütige Pause durchgeführt. Während der Pause verlassen Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, Frau Dr. Grünthal, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, sowie Herr Grünthal, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 44 stimmberechtigte Mitglieder.

6.6 geänderter Wirtschaftsplan 2026 des Städtischen Klinikums Dessau

Vorlage: BV/014/2026/I-SKD

Herr Saft, Verwaltungsdirektor des Städtischen Klinikums Dessau, führt in die Thematik ein und kündigt vor der eigentlichen Behandlung des Wirtschaftsplans eine wichtige Vorabinformation an. Im April wurde ein Wirtschaftsplan eingereicht, der von einem Defizit von rund um 31.000.000 Euro ausging und einen Abschluss bei 24,7 Millionen Euro für das Geschäftsjahr 2025 erwartete. Nach Abschluss der vorläufigen Jahresprüfung – die noch auf die Bestätigung des Wirtschaftsprüfers wartet – kann mit Stolz und großer Dankbarkeit gegenüber den Mitarbeitern, die mitgezogen und Vertrauen geschenkt haben, mitgeteilt werden, dass das Defizit auf 21,2 Millionen Euro gesenkt werden konnte – eine Reduktion von knapp 10 Millionen Euro in sieben Monaten. Dies wird als sehr zufriedenstellendes Ergebnis gewertet. Die Vorlage enthält noch den Wert des letztjährigen eingereichten Wirtschaftsplans (24,7 Millionen Euro), weshalb diese Diskrepanz zur Erklärung dient. Der nun vorliegende Wirtschaftsplan für 2025 wurde bereits positiv beschieden, ist jedoch unverändert erneut zur Entscheidung vorgelegt, da das Landesverwaltungsamt bei der Prüfung feststellte, dass der assoziierte Stellenplan nicht fristgerecht mit in den Stadtrat gegangen war und eine Ablehnung ankündigte. Um Ablehnungsbescheide zu vermeiden, wurde der Wirtschaftsplan zurückgezogen und gestern erneut im Ausschuss positiv beschieden eingereicht. Es wird gebeten, diesem formalen Akt zuzustimmen, damit der Plan korrekt dem Landesverwaltungsamt vorgelegt werden kann.

Herr Adamek, Fraktion CDU, verlässt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 43 stimmberechtigte Mitglieder.

Nach einer kurzen Aussprache wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der geänderte Wirtschaftsplan 2026 und die Mittelfristplanung für die Jahre 2026 bis 2029 für den Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dessau werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

6.7 Grundsatzbeschluss zur Modernisierung der Heizungsanlage, Einbau einer Lüftungsanlage sowie die Modernisierung der Beleuchtung und Sicherheitsbeleuchtung in der Veranstaltungsstätte Marienkirche Vorlage: BV/350/2025/I-41

Frau Lohde, Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, informiert, dass im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität ein Änderungsantrag der Fraktion AfD eingebracht wurde, welchem der Ausschuss mehrheitlich zugestimmt hat.

Herr Diederich, Fraktion AfD, berichtet, dass der Änderungsantrag eine Erhöhung der Gesamtkosten der Maßnahme um 200.000 Euro vorsieht.

Herr Adamek, Fraktion CDU, betritt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 44 stimmberechtigte Mitglieder.

Nach einer ausführlichen Aussprache übernimmt der Einreicher den Änderungsantrag. Danach wird die Beschlussvorlage in der geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau beantragte Fördermittel aus dem Förderprogramm LEADER-CLLD/EFRE für die Modernisierung der Heizungsanlage, für den Einbau einer Lüftungsanlage sowie für die Modernisierung der Beleuchtung und der Sicherheitsbeleuchtung in der Veranstaltungsstätte Marienkirche.
Die Gesamtsumme für die Beleuchtung/Sicherheitsbeleuchtung beträgt 346.000 € mit einer 75 % Förderung in Höhe von 259.500 €.
Die Gesamtsumme für die Heizung/Lüftungsanlage beträgt 1.024.000 € mit einer 70 % Förderung in Höhe von 716.800 €.
2. Die erforderlichen Eigenmittel für die Modernisierung der Heizungsanlage für den Einbau einer Lüftungsanlage in Höhe von 307.200 € sowie für die Modernisierung der Beleuchtung und Sicherheitsbeleuchtung in Höhe von 86.500 € in der Veranstaltungsstätte Marienkirche werden für 2026 und 2027 in den investiven Haushalt aufgenommen.
3. Die Gesamtkosten der Maßnahme sollen um 200.000 € erhöht werden.

Abstimmungsergebnis: 36:00:08

6.8 Betrauung der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH Vorlage: BV/169/2025/I-61

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau betraut die Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH (SMG D-R) für einen Zeitraum von 10 Jahren mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entsprechend der beigefügten Anlage 3.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der Gesellschafterversammlung der SMG D-R

abzugeben und einen entsprechenden Weisungsbeschluss an die Geschäftsführung der Gesellschaft zur Umsetzung und Beachtung der Betrauung gemäß den gelten gesellschaftsvertraglichen Regelungen herbeizuführen.

3. Der Oberbürgermeister wird bevollmächtigt, Änderungen des Betrauungsaktes vorzunehmen, soweit dies einer erkennbaren rechtssicheren bzw. rechtskonformen Betrauung dient. Über Änderungen des Betrauungsaktes ist der Stadtrat in der nachfolgenden Sitzung zu informieren.

Abstimmungsergebnis: 42:01:01

6.9 **4. Novellierung Gesamtmaßnahmebeschluss „Sanierung und Modernisierung Wissenschaftliche Bibliothek im Palais Dietrich“** **Vorlage: BV/295/2025/III-65**

Nach einem kurzen Meinungs austausch möchte **Herr Diederling, Fraktion AfD**, folgendes wissen:

- Wurden vor Planungsbeginn umfassende Bestandsuntersuchungen und eine vollständige Grundlagenermittlung gemäß Leistungsphase 1 durchgeführt?
- War die Kostenberechnung in Leistungsphase 3 nach DIN ausreichend detailliert und auf Grundlage einer abgeschlossenen Entwurfsplanung erstellt oder beruhte sie noch auf einem früheren Planungsstand und eher auf einer Kostenschätzung, bei der typische Risiken nicht ausreichend berücksichtigt wurden?
- Warum lagen die Ausschreibungsergebnisse erheblich über den vorgelegten Kostenberechnungen – war die Ausgangskalkulation zu optimistisch?

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erläutert, dass bei der dritten Novellierung bereits ausführlich dargestellt wurde, woran die Probleme liegen. Tatsächlich gab es vor Planungsbeginn keine vollständige Grundlagenermittlung. Erst seit 2023 wird eine ordentliche Bedarfsplanung, die sogenannte Leistungsphase 0, vorbereitet und die notwendige Zeit dafür genommen, bevor mit der Planung begonnen wird. Dies wurde bei drei Schulen ausführlich durchgeführt, die jedoch erst noch kommen. Die wissenschaftliche Bibliothek sollte bereits 2023 fertig sein, hat inzwischen drei Jahre Bauzeitverzug und erhebliche Mehrkosten. Das Gebäude wurde erst vier Wochen vor Beginn der Rohbauarbeiten ausgezogen, zu einem Zeitpunkt, als die Ausschreibung bereits längst gelaufen war. Da es sich zuvor um ein Archiv handelte, konnten keine Mängel festgestellt oder ordentliche Bestandsaufnahmen gemacht werden, weil dies den Archivbestand gefährdet hätte. Bei der dritten Novellierung wurde in Krisengesprächen versucht aufzuklären, wohin die Entwicklung führt, jedoch konnte damals keine klare Aussage getroffen werden. Mittlerweile befindet

man sich in der vierten Novellierung mit erheblichen Mehrkosten. Wenn alles gut geht, kann das Gebäude im Herbst dieses Jahres endlich eröffnet werden. Die Problematik ist richtig erkannt, kann jedoch nur in der Zukunft anders gehandhabt werden. Sie arbeitet daran, das teure Gebäude fertigzustellen. Es wird eingeräumt, dass man im Denkmalbereich tatsächlich nicht gut aufgestellt ist, was sich ändern muss.

Beschluss:

1. Für die Sanierung und Modernisierung der „Wissenschaftlichen Bibliothek“ erhöht sich die Gesamtausgabe von 10.358.100 Euro um 1.946.200 Euro auf 12.304.300 Euro. Von der Erhöhung sind alle 3 Bauabschnitte betroffen:
 - 1. BA – Energetische Sanierung – von 4.661.500 Euro auf 5.144.200 Euro
 - 2. BA – Dachsanierung – von 1.297.100 Euro auf 1.335.500 Euro
 - 3. BA – Allgemeine Sanierung – von 4.399.500 Euro auf 5.824.600 Euro
2. Für den 1. und 2. Bauabschnitt ist je eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 482.700 Euro bzw. 38.400 Euro erforderlich.
3. Für den 3. Bauabschnitt wird eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung von 925.100 Euro beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:03

6.10 3. Novellierung Gesamtmaßnahmebeschluss Teilsanierung integrative Kindertageseinrichtung "Buratino" in Meinsdorf Vorlage: BV/369/2025/III-65

Nach einer kurzen Aussprache möchte **Herr Kellner, Fraktion CDU**, wissen, ob man nicht vorher gewissenhafter hätte prüfen können, ob ein Abriss und Neubau nicht sinnvoller gewesen wäre, denn es ist fraglich, in welchem Verhältnis diese Summen noch stehen. Dass alles teurer wird, ist nachvollziehbar, aber nicht in solchen Dimensionen. Das Projekt muss nun zwar fertiggestellt werden, jedoch fragt er sich, ob dies um jeden Preis geschehen muss. Dass Mängel erst nach dem Auszug sichtbar wurden, wie in der Vorlage gelesen, wirft die Frage auf, wer wie genau hingeschaut hat. Für die Zukunft wird gebeten, gewissenhafter zu prüfen und notfalls einen Abriss und Neubau in Betracht zu ziehen. Da das Gebäude nicht historisch erhaltenswert oder wichtig für die Stadt oder den Ort Meinsdorf ist, wäre ein Neubau möglicherweise sogar attraktiver gewesen.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, berichtet, dass ursprünglich nur Dach und Fassade saniert werden sollten, was im laufenden Betrieb möglich gewesen wäre. Während der Ausführung wurden jedoch erhebliche Mängel im Brandschutz festgestellt sowie Probleme aus einer früheren Sanierung durch den freien Träger entdeckt. Diese Mängel führten dazu, dass ein Ausweichquartier gesucht werden musste und die Baustelle erheblich ins Stocken

geriet. Mittlerweile handelt es sich um eine vollständige Sanierung mit Entkernung. Die Baustelle läuft aktuell reibungslos, ist gut durch die Projektleitung betreut und es wird davon ausgegangen, dass die Fertigstellung problemlos gelingt.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Gesamtausgabebedarf für die Teilsanierung der Kita Buratino wird von 4.906.000,00 Euro um 821.800,00 Euro auf 5.727.800,00 Euro erhöht.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

6.11 Erneuerung Jonitzer Allee - Elberadweg - Maßnahmebeschluss **Vorlage: BV/328/2025/III-66**

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, berichtet, dass eine Korrektur in der Finanzierung vorgenommen wurde. Als Gegenfinanzierung wird nicht die Mühlenstraße, sondern die BUGA Fuge (Wolfgangstraße) hinzugezogen.

Nach einer kurzen Aussprache wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Die Maßnahme Erneuerung Jonitzer Allee – Elberadweg – wird mit einem Leistungsumfang von 725.000 € realisiert.
2. Dem Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 296.700 € wird stattgegeben.
3. Die Freigabe der finanziellen Mittel hat nach Beschlussfassung zu erfolgen, auch in der satzungslosen Zeit ohne Genehmigung des Haushaltes 2026. Ohne eine Freigabe der Haushaltsmittel kann die Maßnahme nicht im Förderzeitraum errichtet und abgerechnet werden. In Folge wären die bereits erhaltenen Fördermittel zurückzugeben.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

6.12 Fortschreibung qualifizierter Mietspiegel Dessau-Roßlau 2026 **Vorlage: BV/334/2025/IV-50**

Nach einem kurzen Gedankenaustausch wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage der Entwicklung des vom Statistischen Bundesamt ermittelten Preisindex für die Lebenserhaltung aller privaten Haushalte in Deutschland die Anpassung und Index-Fortschreibung des qualifizierten Mietspiegels Dessau-Roßlau zum 01.01.2026 und erkennt diesen an.

Abstimmungsergebnis: 42:00:02

6.13 Turnusmäßige Fortschreibung und Neufestsetzung der Angemessenheitsgrenzen zu § 22 SGB II und § 35 SGB XII – Kosten der Unterkunft (schlüssiges Konzept) Vorlage: BV/355/2025/IV-50

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des von der Firma FUB IGES Wohnen + Immobilien + Umwelt GmbH erstellten Methodenberichtes zum schlüssigen Konzept die Neufestlegung der angemessenen Mietkosten als Höchstgrenzen (abstrakte Angemessenheitsgrenzen) im Sinne des SGB II bzw. § 35 SGB XII.
2. Die ermittelten abstrakten Angemessenheitswerte (Richtwerte der Tabelle 4.1, 4. Spalte, Seite 15) gelten ab 01.03.2026.
3. Dem Verfahren zur Beurteilung zur Angemessenheit der Heizkosten wird zugestimmt. Die Anwendung erfolgt zum 01.03.2026.

Abstimmungsergebnis: 42:00:02

6.14 Modellprojekt Gleisbegrünung Vorlage: FV/019/2025/GRÜNE

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis90/ Die GRÜNEN, führt in die Vorlage ein. Danach wird die Fraktionsvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Dessauer Verkehrs GmbH (DVG) die Voraussetzungen zu schaffen, ein Modellprojekt zur Begrünung der Straßenbahngleise auf einem geeigneten Streckenabschnitt durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 19:17:08

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Haushaltswirtschaftliche Sperre gem. § 27 KomHVO für Aufwendungen und Auszahlungen des Ergebnishaushaltes und Investitionen der Stadt Dessau-Roßlau 2026 Vorlage: BV/025/2026/II-20

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen.

7.2 Neunzehnter Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: IV/003/2026/II-20BTM

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.3 Information zur Kreditaufnahme für Investitionen in Höhe von 19,1 Mio. EUR Vorlage: IV/005/2026/II-20

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr L. Nothdurft, Fraktion AfD, ergreift das Wort als Vorsitzender des Ortschaftsrates Roßlau, in Absprache mit dem Ortsbürgermeister von Meinsdorf, Herrn Dreibrod, sowie dem Ortsbürgermeister von Mühlstedt, Herrn Düben. Sein Anliegen betrifft den seit langen nicht mehr existierenden Haltepunkt Meinsdorf auf der Strecke Berlin-Dessau und Dessau-Berlin der Regionalbahn. Viele werden sich erinnern, dass der Takt auf der Berlinbahn früher sehr eng war und viele Haltepunkte hatte. In Meinsdorf konnte man ein- und aussteigen, ebenso in Thießen. Diese Haltepunkte sind nach und nach entfallen, jeweils mit angeführten Gründen – etwa nicht mehr DIN gemäße Bahnanlagen oder notwendige engere Taktung auf der Gesamtstrecke.

In Absprache mit den anderen Ortsbürgermeistern bittet er auf dringende Bitte aus der Bevölkerung, dass sich die Stadt insgesamt wieder dieses Themas annimmt. Ein Wiedereinrichten des Haltepunktes in Meinsdorf hätte eine positive, spürbare

Auswirkung für viele Einwohner in Roßlau, in der Wohnlage im Kasernengebiet, in Meinsdorf, Mühlstedt, Thießen und darüber hinaus.

Es gab bereits in der Vergangenheit Vorstöße, die von den für den Nahverkehr Verantwortlichen relativ schnell abgeburstet wurden, weil man diese zwei Minuten schwer unterbringen könne. Er sieht, dass Frau Bürgermeisterin Lohde in der Vergangenheit auch schon den Faden aufgenommen hat.

Es werde nun in den Ortschaften beraten und beschlossen. Er bittet die Stadtverwaltung, alle mit an die Hand zu nehmen, sodass im Prozess und schließlich auch im Stadtrat die bestmöglichen Argumente gesammelt werden können, um in der Öffentlichkeit ein politisches Signal zu setzen, dass man sich für den Haltepunkt Meinsdorf auf der Route Berlin–Dessau–Berlin einsetzt.

Herr Adamek, Fraktion CDU, thematisiert die Gründung der Gemeinschaftsschule. Er möchte erfahren, ob es diesbezüglich neue Erkenntnisse gibt, da die Rückmeldefrist am 29.01.2026 verstrichen ist.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, berichtet, dass noch keine Antwort vom Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt angekommen ist.

Weiterhin möchte **Herr Stadtrat Adamek** erfahren, ob die nächste Sitzung des Stadtrates am 08.04.2026 verbleibt oder aufgrund der traditionellen Urlaubswoche verschoben wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck möchte wissen, ob der Wunsch auf Verschiebung der Sitzung besteht.

Herr Stadtrat Adamek verneint dies, da wichtige Entscheidungen für die Zukunft der Stadt getroffen werden müssen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sichert zu, dass bei der zukünftigen Planung der Sitzung darauf geachtet wird, dass die Sitzungen nicht unmittelbar vor oder nach den Ferien / Feiertagen angesetzt werden.

Frau Brösner, Fraktion Freies-Bürger-Forum, thematisiert den Migrationsbeirat. Sie möchte den aktuellen Sachstand erfahren und bittet um Verweisung des Themas in den Ausschuss Gesundheit, Bildung und Soziales.

Frau Beigeordnete Hachmann informiert, dass es einige Rückmeldungen gab und ausführlich darüber im Ausschuss berichtet wird.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft (ABV), übergibt dem Oberbürgermeister als Vorsitzendem des Aufsichtsrates des MVZ die Onlinepetition, die er gegen die Verlegung bzw. Zentralisierung der Kinderärzte in der Gropiusallee gestartet hat. 845 Personen haben unterschrieben, wobei nicht alle aus Dessau kommen. Er hat die Petition bewusst zunächst klein gehalten, man kann sie aber

auch größer aufziehen. Ein entsprechender Antrag werde auch in den MVZ-Verwaltungsrat eingebracht.

Man muss bedenken, dass Kinder aus Mosigkau mit diesem Beschluss im MVZ eine Stunde und 20 Minuten für eine kinderärztliche Betreuung benötigen. Sie sind schneller in Köthen als von Mosigkau zum MVZ in der Gropiusallee – das ist eine Tatsache, die nicht hinnehmbar ist. Hinzu kommt, dass der ÖPNV nach Mosigkau nur stündlich fährt und die Leute dreimal umsteigen müssen, vorausgesetzt sie haben kein Auto. Es kommt vor, dass Familien mit mehreren Kleinkindern kein Auto haben. Alle anderen Argumente zur sozialen Struktur im Zoberberg und die Notwendigkeit sind gestern ausgetauscht worden, auch Fallzahlen und Finanzmittel. Wenn etwa 70.000 bis 100.000 Euro Mehrkosten nicht für Kinder aufgebracht werden sollen, stellt sich die Frage, wie wertvoll die Familienfreundlichkeit der Stadt ist.

Eine weitere Sache: Er freut sich, dass es einem Bürger, wegen seiner Hartnäckigkeit gelungen ist, dass nun endlich Bürgeranfragen aus Ausschüssen und Stadtratssitzungen auf der Website der Stadt veröffentlicht werden. Man kann über diesen Menschen denken, was man will, aber Formalitäten sind Formalitäten. Es stehe allen gut zu Gesicht, auch in den eigenen Reihen mehr auf deren Einhaltung zu achten.

Abschließend sichert er zu, dass er sehr genau zwischen konservativ und gesichert rechtsextrem unterscheiden kann und man sich keine Sorgen machen braucht.

Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, hat eine Frage zur Mühleninsel. Der B-Plan liegt aus und der Maßnahmenbeschluss wurde bereits getroffen, sodass die Arbeiten bald beginnen können. Die Planung sieht vor, dass ein kombinierter Fahrrad- und Gehweg in großer Breite vom Lustgarten diagonal über die Straße zur Fußgängerbrücke geführt wird. Wegen dieser Wegeführung muss einer von zwei prägnanten Altbäumen gefällt werden – eine 50 bis 60 Jahre alte, 15 Meter hohe Linde mit einem Stammdurchmesser von nahezu 1,40 Meter. Was die Fraktion beschäftigt ist, dass die Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung grundsätzlich keine diagonale, sondern eine möglichst kurze, also rechtwinklige Querung der Straße vorsieht. Sie möchte erfahren, ob es bereits Einvernehmen mit der Landesstraßenbaubehörde über die Zulässigkeit dieser diagonalen und besonders breiten Querung gibt. Wenn nicht, dann bittet sie, dass erst dieses Einvernehmen hergestellt wird, bevor der Baum gefällt wird. Es wäre sehr schade, wenn der Baum völlig ohne Grund fallen müsste.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, möchte erfahren, ob der bauliche Missstand in der Kindertageseinrichtung in Kleutsch bezüglich der Heizungsanlage behoben wird. Weiterhin thematisiert er den städtebaulichen Missstand des Güterbahnhofs. Er möchte den aktuellen Sachstand erfahren.

Frau Saupe, Leiterin des Eigenbetriebes DeKiTa, bedankt sich zunächst bei der kurzfristigen Hilfe eines Vaters für die Behebung der Problematik. Weiterhin informiert sie, dass eine Firma beauftragt und die Steuerung der Heizungsanlage ausgetauscht wurde.

Herr Schmidt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, berichtet, dass der Eigentümer mit seinem Bauunternehmen jeden Tag vor Ort ist.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 45 stimmberechtigte Mitglieder.

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN, berichtet von dem Kreisverkehr Albrechtstraße, welcher sich durch viele querende Radfahrer zu einem Unfallschwerpunkt entwickelt hat. Die neu aufgestellten Zusatzzeichen sollen auf den querenden Verkehr hinweisen. Seiner Meinung nach ist dies dadurch nicht erkenntlich. Er möchte wissen, wieso die Baken im Innenkreis aufgestellt wurden.

Herr Dähne, Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung, erläutert, dass die Baken aufgestellt wurden, um das gerade Überfahren des Innenkreises zu verhindern. Somit müssen die Fahrzeuge den Außenbogen fahren, die Geschwindigkeit des Fahrzeuges reduziert sich und dadurch ist der Querverkehr eher sichtbar.

Herr Stadtrat Marahrens erklärt, dass sich im Innenkreis eine durchgezogene Linie befindet und somit die Überfahrt nicht statthaft ist, außer von längeren Fahrzeugen. Er möchte den Grund für die Aufstellung erfahren, da sonst auch immer auf die Einhaltung der Regeln aller Verkehrsteilnehmer plädiert wird.

Herr Dähne informiert, dass dies nicht immer stattfindet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sichert eine schriftliche Beantwortung zu sowie eine Lösungsfindung zum Verzicht der Baken.

Abschließend weist **Herr Stadtrat Marahrens** darauf hin, dass dieselbe bauliche Lösung an der katholischen Kirche als Kreisverkehr angedacht war. Er bittet um eine Verständigung, ob der Maßnahmebeschluss, wie damals vom ADFC vorgeschlagen wurde, nicht nochmal abgeändert werden kann. Es soll dahingehend abgeändert werden, dass das Befahren des Innenkreises nicht mehr so leicht möglich ist. Somit kann solch eine Unfallsituation wie am Albrechtsplatz verhindert werden. Er bittet darum, dass die Thematik mitaufgenommen wird und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität besprochen wird.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

Nach dem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 19:42 Uhr.

Dessau-Roßlau, 10.04.26

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer